

abo+ FISCHBACH-GÖSLIKON

Der Kampf für die Erdverkabelung durch das Reusstal geht weiter: Sie wollen bis vor Bundesverwaltungsgericht gehen

Die Mitglieder des Vereins Verträgliche Starkstromleitung Reusstal (VSLR) haben einen Grundsatzentscheid getroffen: Sie führen ihren Kampf weiter. Dies, obwohl sich der Bundesrat im August des vergangenen Jahres gegen die Erdverkabelung der Hochspannungsleitung durchs Reusstal aussprach.

Nathalie Wolgensinger

27.01.2023, 15.49 Uhr

abo+ **Exklusiv für Abonnenten**



Die Vereinsmitglieder sind sich einig: Sie wollen weiterkämpfen, damit die Starkstromleitung unter den Boden kommt.

Nathalie Wolgensinger

Die Anspannung war Vereinspräsident Hans Kneubühler deutlich anzumerken. «Das wird ein richtungsweisender Abend», begrüßte er die Mitglieder und Gäste des Vereins Verträgliche Starkstromleitung Reusstal (VSLR) am Donnerstagabend in der Schnüzi-Schüür in Fischbach-Göslikon. Wichtigstes Traktandum der GV war die Frage, ob der Verein seinen Kampf für die Erdverkabelung der geplanten Hochspannungsleitung (380 kV) zwischen Niederwil und Obfelden weiterführen soll. Ja, so lautete das fast einstimmig gefasste Verdikt.

Dahinter steht ein grosses «Aber». Denn dieser Widerstand benötigt nebst Energie und einer Stange Geld auch den Einsatz von Gemeinden und Liegenschaftsbesitzenden. Die Vereinsmitglieder haben den Mut nicht verloren, sie werden trotz dieser hohen Hürden weitermachen.

Seit 2007 wehrt sich der Verein gegen das Vorhaben der Swissgrid, die Übertragungsleitung zwischen Beznau und Mettlen zu verstärken. Teil dieses Leitungsbauvorhabens ist der Ersatz des bestehenden 220-kV-Leitungsabschnitts zwischen Niederwil und Obfelden durch eine 380-



Stephan Bärtschi wurde zum Präsidenten gewählt.

Nathalie Wolgensinger

kV-Leitung. Der Verein fordert, dass die Leitungen in den Boden verlegt werden.

«Eine Mitwirkung, keine Volksabstimmung»

Der VSLR war in den vergangenen Monaten umtriebig. Mit Stephan Bärtschi (Präsident) und Samuel Boutellier wurden zwei neue Vorstandsmitglieder vorgestellt und von der Versammlung bestätigt. Die statutarischen Geschäfte wurden im Schnellzugstempo abgehandelt. Der scheidende Präsident Hans Kneubühler, der neu als Vizepräsident amtiert, erinnerte die Vereinsmitglieder an den Festsetzungsentscheid des Bundesrates, der im August des letzten Jahres bekannt wurde. Der Bundesrat legte darin fest, dass der grösste Teil der 17 Kilometer langen Leitung oberirdisch verlaufen soll und an der präferierten Variante festgehalten werden soll.

Die Enttäuschung darüber war gross. Denn über 70 Stellungnahmen von Kantonen, Gemeinden, Organisationen oder Privaten gingen im öffentlichen Mitwirkungsverfahren zum Sachplan ein, das Anfang 2020 während sechs Monaten lief. Das Bundesamt für Energie kommentierte: «Die Auswertung der Stellungnahmen lässt den Eindruck entstehen, dass weite Kreise die öffentliche Mitwirkung als eine Art Volksabstimmung über den Sachplan verstehen.»

Der Verein will die Fehler transparent machen

SP-Nationalrätin Gabriela Suter gelangte während der Herbstsession 2022 mit einer Interpellation an den Bundesrat. Unter anderem wollte sie wissen, mit wie viel Energieverlust bei der Freileitungsvariante zu rechnen ist und wie der Bundesrat dies gegenüber dem Volk vertreten kann in Zeiten von Strommangellagen.

Die Antworten des Bundesrates erhielt der Verein erst, nachdem er seine Rechte via Öffentlichkeitsgesetz geltend machte. Dieses ermöglicht es Bürgerinnen und Bürgern, Zugang zu amtlichen Dokumenten zu erhalten. Anfang Januar erhielt er die Dokumente, die dem Bundesrat als Entscheidungsgrundlage dienten. Stephan Bärtschi sagte: «Die Antworten verfassten nicht etwa unabhängige Spezialisten, sondern die Netzbetreiberin, die Swissgrid.» Zudem seien Fakten teilweise falsch und fehlerhaft, so Bärtschi.



Noch führt die Starkstromleitung über die Dächer der Niederwiler Häuser.
Alex Spichale (13. November 2019)

Das sei eine Farce, findet er und deshalb werde man weiter kämpfen. Dazu hat man einen spezialisierten Anwalt an Bord geholt und folgt seinem Rat, Einsprache gegen das Plangenehmigungsverfahren einzulegen. Sollte diese abgelehnt werden, will man eine Beschwerde beim Bundesverwaltungsgericht anstreben. Bärtschi sagte: «Wir sind überzeugt, dass wir Fakten beibringen können, die beweisen, dass das dem Bundesrat vorgelegte Dossier und der damit verbundene Festsetzungsantrag auf Grundlagenfehlern fusst.»

Die Strategie steht fest, jetzt müssen die Gemeinden an Bord

Einspracheberechtigt sind allerdings nur Gemeinden, private Anstösser und bestimmte Umweltschutzorganisationen. Hier setzt nun der Verein an. Bis Ende März verfasst er ein Memorandum mit den Argumenten gegen die Plangenehmigung und wird dann eine Strategie ausarbeiten lassen. Das kostet den Verein rund 13'000 Franken. Man sei auf die Unterstützung der Gemeinden angewiesen, appellierte Kneubühler an die Adresse der anwesenden Gemeindevertreter.

Diese wiederum forderten möglichst präzise Auskunft über ihre finanzielle Beteiligung an diesem Vorhaben, damit dies budgetiert werden könne. Wichtig sei, so wies Niederwils Gemeindeammann Norbert Ender hin, dass man die Bevölkerung ins Boot holen müsse. Davon habe er bisher wenig gespürt und auch keine

Reaktionen erhalten. Auch die weiteren Gemeindevertreter signalisierten ihr Interesse, kündigten zugleich aber an, dass sie erst im Rat und mit Nachbargemeinden das Gespräch führen möchten.

abo+ HOCHSPANNUNGSLEITUNG

Enttäuschung im Freiamt über den bundesrätlichen Entscheid: «Wir sind aus allen Wolken gefallen»

Nathalie Wolgensinger · 01.09.2022



KOMMENTAR

Seit 16 Jahren kämpfen sie für die unterirdische Stromleitung: Das verdient Respekt

Nathalie Wolgensinger · 27.01.2023



Copyright © Aargauer Zeitung. Alle Rechte vorbehalten. Eine Weiterverarbeitung, Wiederveröffentlichung oder dauerhafte Speicherung zu gewerblichen oder anderen Zwecken ohne vorherige ausdrückliche Erlaubnis von Aargauer Zeitung ist nicht gestattet.

Kommentare

Max Blatter vor 10 Stunden

Selbst bin ich am Rande betroffen: Von meiner Wohnung in Bremgarten West sehe ich die Leitung, aber sie stört mich weder optisch noch aus Angst vor Elektrosmog (was das letztere betrifft, ist sie zu weit weg und ich glaube auch nicht besonders "elektrosensitiv" zu sein).

Ich verstehe aber die Sturheit beider Seiten nicht: Weshalb einer Handvoll Juristinnen und Juristen einen Haufen Geld nachwerfen, statt dass sich die Gegnerinnen und Gegner einer weiterhin oberirdischen Leitungsführung einerseits und Swissgrid als Betreiberin der Leitung andererseits gütlich einigen?

Technisch ist zwar das Verkabeln von 380-kV-Leitungen über längere Strecken nicht so ohne weiteres möglich wie etwa bei 110 kV oder gar nur 50 kV (da wurden ja kürzlich von Axpo und AEW einige Leitungen verkabelt; unter anderem die "Wäscheleine", die den Blick vom Reussufer auf das Kloster Hermetschwil empfindlich störte). Auf der fraglichen Strecke wäre die Verkabelung aber noch absolut machbar – würden die betroffenen Gemeinden eine zumindest teilweise Übernahme der Mehrkosten anbieten, glaube ich nicht, dass Swissgrid sich dagegen wehren würde.

Hans Kneubühler vor 15 Minuten

Wenn Swissgrid will ist die Verkabelung von Hochspannungsleitungen – auf über längere Strecken – technisch durchaus machbar: Grimsel, Glaubenberg, Uetliberg, Gotthard: <https://www.youtube.com/watch?v=N0S85RuDp8Q>

Olivier Pahl vor 14 Stunden

Die Kosten sind das eine, was mich an der ganzen Geschichte schon lange stört ist, für die Tiere werden die Stromkabel in den Boden verlegt, für die Menschen wo entlang der Stromführung leben nicht. Gesunder Menschenverstand, wo ist der geblieben? Naturschutz unterstütze ich auch, sollte auch Opfer bringen, aber das begreife ich nicht, da hat das Tierwohl mehr recht als der Mensch.

Max Blatter vor 10 Stunden

Dass speziell "für die Tiere ... Stromkabel in den Boden verlegt" worden wären, habe ich noch nie gehört. Wo soll das gewesen sein?

Beat Hächler vor 1 Tag

Die Strombarone "verdienen" ja mit den zu hohen Strompreisen, die sie von den Verbrauchern fordern Millionen, wenn nicht Milliarden! So können die die Erdverkabelung finanzieren. Die CEO's kriegen dennoch genug auf's Bankkonto.

Max Blatter vor 10 Stunden

Wer sind die "Strombarone"? Bei den meisten Elektrizitätsversorgungs-Unternehmen hält die öffentliche Hand – also letztlich wir alle – direkt oder indirekt die Aktienmehrheit.

Stefan Trachsler vor 1 Tag

Die Kosten sollen alleine vom Verein getragen werden, es dürfen keine Steuergelder dafür eingesetzt werden!

Hans Kneubühler vor 14 Minuten

«Danke» Stefan, wenn dannzumal die Riesenmasten auf dem Wagenrain thronen und die Landschaft dominieren, werde ich dich an deine Worte erinnern!

Daniel Billeter vor 1 Tag

Bremser der Energiewende.

Das ist zu hart formuliert – es gibt technische Alternativen zu den Freileitungen, die allerdings mit Mehrkosten verbunden sind. Wenn jedoch beide Seiten gleichermaßen auf ihren Geldbeuteln sitzen, dann sind auch beide Seiten gleichermaßen Bremserinnen und Bremser der Energiewende.

Hans Kneubühler vor 9 Minuten

Mehrkosten für Kabelleitungen bei den Investitionen, aber Minderkosten bei Unterhalt und Energieverlusten. Die Betriebsrisiken wegen Sturm und Waldbrand sprechen auch klar dafür! Und: Hat die ungestörte Landschaft im Reusstal keinen Wert???

Othmar Buchs vor 1 Tag

Was konnten wir gestern lesen? 380 Kv Leitung im Wallis (Leukerbad?) 24 Std. ein säuseln in der Luft? Dies besonders bei Regen oder Nebel.

Max Blatter vor 10 Stunden

Das "Säuseln in der Luft" bei gewissen Wetterbedingungen (das von feinsten Funkenentladungen herrührt, sogenannten Korona-Entladungen) ist nur in allernächster Nähe der Leitung zu hören, wo eigentlich kaum Wohnhäuser stehen sollten. – Ich kenne die fragliche Leitung nicht in ihrem gesamten Verlauf, aber ja: Wäre sie in Hörweite von Wohnhäusern, wäre das für mich tatsächlich schon ein gewichtiges Argument für die Verkabelung.

Stephan Oeschger vor 7 Stunden

Die jetzige bestehende Leitung hört man bei Regen/Nebel und ganz intensiv bei Schneefall. Und zwar im angrenzenden bewohnten Gebiet.

KOMMENTAR

Seit 16 Jahren kämpfen sie für die unterirdische Stromleitung: Das verdient Respekt

Seit 2007 wehrt sich der Verein «Verträgliche Starkstromleitung Reusstal» gegen den Ausbau der Freileitung von 220 auf 380 kV. Der Widerstand des Vereins ist ungebrochen.



Nathalie Wolgensinger

27.01.2023, 15.50 Uhr



Noch führt die Starkstromleitung über die Dächer der Niederwiler Häuser.
Alex Spichale (13. November 2019)

Seit 16 Jahren führt Hans Kneubühler gemeinsam mit Gleichgesinnten einen Kampf gegen Windmühlen. Seit 2007 bekannt wurde, dass die damalige Axpo und heutige Swissgrid beabsichtigt, die Stromleitung zwischen Niederwil und Obfelden von 220 auf 380 kV auszubauen, halten sie dagegen. Sie fordern, dass die

Leitung in den Boden kommt. Ihr jahrelanger Kampf für die Erdverkabelung ist ein ständiges Tauziehen mit Bund, Kanton und Swissgrid.

Wo andere vom ewigen Hin und Her mürbe werden, da machen die Akteure aus dem Reusstal einfach weiter. Das verdient Respekt. Denn die bis dato geführten Auseinandersetzungen waren kräftezehrend und obendrauf von wenig Erfolg gekrönt.

Die Frauen und Männer um Präsident Hans Kneubühler hatten in der Vergangenheit auch Rückschläge einzustecken. Es scheint, also ob der Widerstand den Verein dazu anstachelt, einfach immer weiterzumachen.

Mit ihrem mutigen Entscheid, einen spezialisierten Anwalt an Bord zu holen, schlagen Kneubühler und seine Mitstreitenden nun einen neuen Weg ein. Denn der anwaltschaftliche Rat wird eine schöne Stange Geld kosten. Dieser Entscheid und das Engagement des Anwaltes bedeutet für den Verein den letzten Strohalm Hoffnung, um sich gegen die einflussreiche und mächtige Stromlobby vielleicht doch noch durchzusetzen.

Die nächste Aufgabe zeichnete sich bereits an der Generalversammlung am Donnerstag ab. Nun heisst es, die Gemeinden aus dem Bünz- und Reusstal an Bord zu holen. Diese signalisierten nämlich während der Diskussion noch vornehme Zurückhaltung und verwiesen auf das Gemeinderatsgremium, das erst noch befragt werden müsse. Man darf durchaus gespannt sein, was sich der Verein nun einfallen lässt, um Gemeinden,

Private und Umweltorganisationen für das Mitmachen zu motivieren.

abo+ FISCHBACH-GÖSLIKON

Der Kampf für die Erdverkabelung durch das Reusstal geht weiter: Sie wollen bis vor Bundesverwaltungsgericht gehen

Nathalie Wolgensinger · 27.01.2023



Copyright © Aargauer Zeitung. Alle Rechte vorbehalten. Eine Weiterverarbeitung, Wiederveröffentlichung oder dauerhafte Speicherung zu gewerblichen oder anderen Zwecken ohne vorherige ausdrückliche Erlaubnis von Aargauer Zeitung ist nicht gestattet.